

Autor

Peter Rasch

Thema: Abschlussbericht des BMVg

» 03.07.05 01:01 «

[Antworten](#) · [Zitieren](#) · [Empfehlen](#)

Hallo zusammen,
die Presse hat ja schon Ausschnitte davon publiziert. Demnach seien ca 500 Fälle von 2000 anerkannt worden, die von der Bundeswehr eine Rente erhalten würden.

Die 500 Anerkennungen mögen stimmen, aber die Basis von 2000 ist falsch! Die uns vom Verteidigungsministerium am 4. August 2004 genannte Gesamtzahl der Anträge war 3.342!

Weiterhin ist falsch, dass alle diese 200 eine Rente vom Verteidigungsministerium bekommen! Viele der Anerkannten bekommen trotz Anerkennung nichts, weil bei vorheriger

falscher Bescheidung und Nichteinlegung eines Widerspruchs der § 44 SVG nur eine 4 jährige Rückwirkung vorsieht!

Die Liste der nicht gehaltenen Zusagen und sachlich nicht haltbaren Ablehnung könnte beliebig fortgesetzt werden - bringt hier aber nichts. Also werden wir uns auf massenweise Klagen einstellen müssen.

Den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses habe ich folgende Stellungnahme mit in die Parlamentpause gegeben:

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach meinen Informationen haben die von SPD und dem Bündnis 90 / Die Grünen gestellten Mitglieder in der Sitzung am 29.06.2005 den von Herrn Sts. Kolbow vorgelegten Abschlussbericht kritiklos gebilligt, während die von CDU/CSU und FDP gestellten Mitglieder der Opposition den Bericht wegen der gravierenden Mängel nicht gebilligt, sondern nur zur Kenntnis genommen haben.

Dieser Ausgang der Abstimmung zeigt erschreckend deutlich, dass meine Selbsteinschätzung vom 28.06.2005 "ich bin maßlos über meine Dummheit enttäuscht, den falschen Personen zum Schaden der Mitglieder unseres Bundes zu lange vertraut zu haben" nicht nur auf die Vertreter der Bundeswehr, sondern leider auch auf einen Teil der Mitglieder des Verteidigungsausschusses zutrifft!

Respekt und Dank für all jene Ausschussmitglieder, die sich trotz des vorgegebenen Zeitrahmens von nur wenigen Stunden doch noch sachlich mit dem Abschlussbericht und den von unserem Bund dokumentierten Kritikpunkten auseinandergesetzt - und entsprechend reagiert haben!

Wo sind bei den anderen Mitgliedern, die den Abschlussbericht kritiklos gebilligt haben, eigenes Denken, Pflicht zur Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit, sowie das Gewissen geblieben? Bei den "Radarfällen" handelt es sich nicht um Aktenzeichen, sondern um Menschen, die während des Jahre andauernden "Kalten Krieges" ihre Gesundheit und ihr Leben Tag und Nacht und jahrein jahraus für die Sicherheit aller Bürger und den Fortbestand der Demokratie in unserem Land eingesetzt haben.

Koalitions- oder Haushaltszwänge können weder von der rechtlichen noch von der moralischen Verpflichtung zu Schadenswiedergutmachung entbinden, die in dieser Anzahl erst durch Nichtanwendung von bereits seit 1957 rechtsgültigen Strahlen- und Arbeitsschutzverordnungen in der Bundeswehr (Vorgaben von Euratom und 1. Strahlenschutzverordnung) verursacht worden sind!

Für jede zu Unrecht ausgesprochene Ablehnung und den damit verbundenen Leid bis hin zu Tod und sozialen Abstieg sind auch Sie, falls Sie kritiklos abgenickt haben, mit v e r a n t w o r t l i c h ! Wie Sie damit umgehen und leben können, ist ganz allein Ihre Sache.

Ich kann es jedenfalls nicht - und werde zusammen mit meinen Mitstreitern und allen die guten Willens sind, solange mit allen demokratischen Mitteln weiter kämpfen, bis auch dem letzten "Radaropfer" oder dessen Hinterbliebenen von Bundeswehr und NVA Gerechtigkeit

Radaropfer: über sieben Millionen von Landstrassen und von Eisenbahnen
widerfahren ist!

Bund zur Unterstützung Radargeschädigter

gez. Peter Rasch